

## Ein Gesetz, das Kriegsverbrechen mit Straffreiheit belohnt

Es ist bedauerlich, dass wir trotz des unermüdlichen Kampfes der Angehörigen der Opfer von Menschenrechtsverletzungen, einschließlich des Rechts auf Leben, und trotz der Fortschritte, die Peru durch den präzisen Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission gemacht hat, heute einen Rückschritt zu erleben, der den Schuldigen schwerer Verbrechen Straffreiheit gewährt – begangen nicht nur durch den „Leuchtenden Pfad“, sondern auch durch den Staat selbst, der sich als demokratisch bezeichnet.

Am 13. August hat Präsidentin Boluarte das Gesetz 32419 verkündet, das den Mitgliedern der Streitkräfte, der Nationalpolizei Perus und den Selbstverteidigungskomitees Amnestie gewährt, die zwischen 1980 und 2000 am Kampf gegen den Terrorismus beteiligt waren. Die Initiatoren des Gesetzesentwurfs argumentieren, dass damit die „gerichtliche Verfolgung beendet werden soll, die seit Jahrzehnten diejenigen betrifft, die gegen den Terrorismus gekämpft haben“. Doch tatsächlich gewährt dieses Gesetz eine Amnestie und „belohnt mit Straffreiheit die Verantwortlichen für außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und das gewaltsame Verschwindenlassen, wodurch die Opfer und ihre Familien ohne Wahrheit und Gerechtigkeit zurückgelassen werden“, wie es in der Stellungnahme der Menschenrechtskoordination heißt.

Wie die Koordination erinnert, hatte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (Stellungnahme vom 1. Juli 2025) nach der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs durch den Kongress den peruanischen Staat angewiesen, über seine drei Staatsgewalten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit dieser Gesetzesentwurf (Nr. 6951/2023-CR) und ähnliche Initiativen nicht genehmigt werden. Sie sollten aufgehoben oder nicht in Kraft treten, um so das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Anstatt diesen Anordnungen nachzukommen, haben Regierung und Kongress jedoch Maßnahmen ergriffen, um den Schutz des Interamerikanischen Systems für Menschenrechte zu schwächen, und sogar den Austritt Perus aus dessen Zuständigkeit gefordert. Dies geschieht im Rahmen eines gravierenden Niedergangs der demokratischen Institutionen, in den Versuchen, sich das Justizsystem anzueignen, und in den Angriffen auf die Staatsanwaltschaft“, so die Koordination.

Diese Stellungnahme, die von zahlreichen Institutionen und Personen unterstützt wird, hat Ablehnung und Kritik von vielen unterschiedlichen Stellen hervorgerufen – nicht nur von der politischen Linken, sondern auch von verschiedenen demokratischen Kreisen und den seriösesten Fachleuten.

Am selben Tag der Verkündung des Gesetzes veröffentlichte die Peruanische Gesellschaft der Verfassungsrechtler eine Stellungnahme, in der sie klarstellte: „Die SPC ist sich bewusst, dass viele der Verfahren wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen seit Jahren auf ein endgültiges Urteil warten. Dies beeinträchtigt nicht nur das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz, sondern auch das Recht der Angeklagten, innerhalb einer angemessenen Frist verurteilt zu werden. Daher ruft sie die Justizinstanzen dazu auf, diese Verfahren vorrangig zu bearbeiten. Dies jedoch kann nicht als Entschuldigung dienen, ein Gesetz zu verabschieden, das Straffreiheit fördert und mit der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte unvereinbar ist, der in seinen Urteilen zu den Fällen Barrios Altos und La Cantuta vs. Peru aus dem Jahr 2001 feststellte, dass ‚Amnestiebestimmungen, Verjährungsregelungen und Ausschlussgründe für die Verantwortlichkeit, die darauf abzielen, die Untersuchung und Bestrafung der Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, unzulässig sind‘.“

Das Institut für Menschenrechte der PUCP (IDHEPUCP) hebt hervor, dass „es besonders bemerkenswert und aufschlussreich über einen radikalen Mangel an demokratischem und humanitärem Geist ist, dass die Präsidentin beschlossen hat, für diese Verkündung eine besondere Zeremonie zu organisieren. Dies spricht nicht nur für eine Gleichgültigkeit gegenüber den von Tausenden Peruanerinnen und Peruanern erlittenen Menschenrechtsverletzungen, sondern auch für eine symbolische Billigung dieser Verbrechen von der Spitze des Staates aus.“

Ebenso erklären die mit der Entwicklungsförderung verbundenen Einrichtungen des Jesuitenordens in ihrer Stellungnahme: „Während der Jahrzehnte der politischen Gewalt, die Peru zutiefst geprägt haben, haben sowohl die Streitkräfte als auch die Terrorgruppen systematisch Menschenrechtsverletzungen begangen... Die peruanische Gesellschaft hat diese Verbrechen mehrheitlich klar und entschieden abgelehnt und gefordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden und die Folgen ihres Handelns tragen. Die Stellungnahme schließt mit den Worten: ‚Die Wahrheit zu leugnen, so schmerzhaft und beschämend sie auch sein mag, bedeutet, das Bekenntnis zur Demokratie, zum Gedächtnis und zur Zukunft zu verraten.‘“

Die Rechtsfakultät der Päpstlichen Katholischen Universität unterstreicht in ihrer Erklärung vom 19. August:

„3. Die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich zwischen 1980 und 2000 ereignet haben, haben ein Recht auf gerichtlichen Schutz und auf Wahrheit, Rechte, die in den Artikeln 8.1 und 25 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention anerkannt sind und die verletzt werden, wenn der Staat die Untersuchung, Verfolgung, Festnahme, Anklage und Bestrafung der Verantwortlichen verhindert.

4. Auch wenn offensichtlich ist, dass die Ermittlungen und Gerichtsverfahren sehr langwierig gewesen sind, was sowohl das Recht der Opfer als auch das der untersuchten Polizisten und Soldaten auf ein Verfahren in angemessener Frist beeinträchtigt, rechtfertigt dies nicht die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes durch den Kongress der Republik, das die schweren Menschenrechtsverletzungen in den Fällen, in denen sie begangen wurden, verschwinden lässt, als ob sie niemals stattgefunden hätten.“

Die Angehörigen der Opfer und Menschenrechtsorganisationen haben ihre Ablehnung dieses Gesetzes bekundet, das ihr Recht auf Gerechtigkeit missachtet. Damit zeigt sich erneut eine enorme Gleichgültigkeit und Verachtung gegenüber dem Leid armer Familien aus den am stärksten vernachlässigten Regionen. Für sie, die weitaus zahlreicher sind, hat der Staat kein Wort der Anerkennung.

**Es gibt keine Entschuldigung und kein Versprechen, ihre Fälle zügiger zu bearbeiten. Es gilt klar zu unterscheiden, wer heute gegen Gerechtigkeit und Frieden handelt.**

Carmen Lora, Lima, 29.8.2025